

DIE SPD lernt einfach nichts dazu: Bsp.: Hannelore Kraft, Ministerpräsidentenkandidatin in NRW

Der neueste Vorschlag von Hannelore Kraft, zu Hartz IV, zeigt dass in der SPD offenbar weit und breit niemand ist, der politisch an vorderster Front steht und auch nur annähernd gesamtwirtschaftlich denken kann (bei Union und FDP ebenso.)

Erläuterung:

Es war einmal ein Bundeskanzler Schröder, der war überzeugt, dass man durch massive Steuersenkungen bei Unternehmen und Vermögenden und gleichzeitiger Durchsetzung eines Niedriglohnssektors sowie der Privatisierung der Rente in erheblichem Maß einen Wirtschaftsaufschwung mit beträchtlichem Abbau der Arbeitslosigkeit generieren kann. Der Kanzler, seine Regierungspartei SPD, der Koalitionspartner DIE GRÜNEN, ja sogar die damalige Opposition mit der CDU/CSU und der FDP waren so begeistert, dass nur noch ein Name für diese famosen Änderungen fehlte. Also nannte man es „Agenda 2010“ bzw. fortan „Reformen“.

Ganz stolz verkündete er (Kanzler Schröder) dann am 28.01.2005 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“

Für die Protagonisten war klar, man braucht keine Konjunkturpolitik sondern nur strukturelle Veränderungen. Dies war übrigens bei der Vorgängerregierung unter einem Kanzler Kohl auch schon so, nun wollte man die Dosis dieser „Reformen“ jedoch erhöhen und mehr von der „Medizin“. Das würde den Durchbruch schaffen und den Ruck, den ein Altbundespräsident forderte, herbeiführen. Soweit so schlecht.

Dann bald zeigten sich die Wirkungen:

Der Niedriglohnssektor forderte seinen Tribut, es entstanden unterstützt mit entsprechender Gesetzgebung vor allem Mini- und Midijobs, sowie schlecht bezahlte Leiharbeit oder befristete Arbeit. Die Arbeitslosigkeit blieb, trotz aller statistischen Tricks, hoch und das Wachstum sehr gering.

Was war geschehen?

Waren die Unternehmen undankbar ob ihrer Steuersenkungen und der gemachten Arbeitsmarktreformen, bei denen Menschen sogar gezwungen sind zu einem Hungerlohn zu arbeiten und anschließend der böse Staat einen Großteil des Lohns übernimmt, wenn der flexible Arbeiter nicht davon leben kann?

Nun, das Bruttoinlandsprodukt (BIP=Volkseinkommen) gibt eine Antwort – Die Löhne und Gehälter waren durch die „Reformen“ gemessen am BIP gefallen. Im Zeitraum von 2000 bis 2008, vor der Weltwirtschaftskrise, macht das in Zahlen ausgedrückt ca. 135 Milliarden Euro Brutto pro Jahr weniger für Arbeitnehmer und Angestellte.

Jetzt wird klar, die Unternehmen waren nicht undankbar, die geschröpften Arbeiter und Angestellten konnten einfach nur weniger Produkte und Dienstleistungen nachfragen.

Also investierten die betroffenen Unternehmen auch nicht wie erhofft. Wozu auch, wenn man wegen fehlender Kaufkraft keinen entsprechenden Absatz findet?

Was ist aber mit unserem Export? Schließlich sind wir doch seit Jahren „Exportweltmeister“. Tatsächlich hat die Exportwirtschaft davon profitiert, denn die Lohnstückkosten (wie viel Lohn steckt in einem Produkt) sind im Vergleich zu anderen Ländern, vor allem in der Eurozone, dank der Politik von Rot-Grün und der großen Koalition, gesunken. Was uns einen immer größer werdenden Preisvorteil bzw. den anderen Ländern einen entsprechenden Preisnachteil verschaffte.

Das aber bedeutet, dass sich Länder wie jetzt Griechenland uns gegenüber so verschulden (viel mehr von uns importieren als zu uns zu exportieren), dass sie in Bedrängnis kommen, weil unsere Politik des Steuersenkens und des Lohndumpings andere Staaten nieder konkurriert und diese dadurch Deutschland gegenüber nicht wettbewerbsfähig sind, und sie im Euroraum auch keine Währungsabwertung vornehmen können.

Dann schiebt man den betroffenen Ländern einfach die Schuld zu („haben über ihre Verhältnisse gelebt“) und schon hat man vom eigentlichen Hauptproblem, mit freundlicher Unterstützung entsprechender Medien, abgelenkt. Dieses Problem bekommen auch andere Staaten (z.B. Spanien, Portugal, Italien) – Wird´s dann wieder heißen – „haben über ihre Verhältnisse gelebt“?

Und weil man es seit Jahren hört und es von bestimmten „Experten“ auch ständig wiederholt wird, empfiehlt man den Betroffenen den Gürtel enger zu schnallen und selbst in eine Krise hinein noch zu sparen. Wie man eine derart schwierige wirtschaftliche Situation durch kürzen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen, oft sogar bei gleichzeitiger Erhöhung der Verbrauchssteuern „weg spart, bleibt das Geheimnis dieser „Experten“.

Man sieht also auf Dauer hilft uns der „Exportweltmeister“ auch nicht weniger, im Gegenteil, wenn man mit anderen Staaten Handel betreibt, kann man diese nicht durch unsere Politik ständig immer mehr in die Verschuldung treiben, sondern nur ausgeglichene Handelsbilanzen helfen dauerhaft allen. Dann müsste es in Deutschland eine Abkehr von den Steuersenkungsorgien geben, sowie kräftig die Löhne steigen.

Wenn bestimmte Politiker verstehen wollten, könnten sie es auch, dazu müssten sie nur mal ihren Hirnschmalz bemühen um Zusammenhänge zu erkennen.

Z. B., dass es einer vernünftigen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, anstatt dummer „Reformen“ bedarf um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und nicht weiterer hirnloser Vorschläge wie der von Frau Kraft, Hartz IV-Beziehenden, wenn auch freiwillig, gemeinnützige Arbeit zu übertragen. Diese Arbeiten müssen gerecht entlohnt werden, dass Menschen auch davon leben können. Oder macht Hannelore Kraft ihre politische Tätigkeit ehrenamtlich?

Da hilft es auch nicht, dass die Union und die FDP noch dümmere Vorschläge machen. Wahrscheinlich leitet Hannelore Kraft u. a. ihren Vorschlag von dem weiteren dümmlichen Argument der niedrigen Produktivität bei Hartz IV – Empfängern und Leiharbeitern (Rechtfertigung für niedrige Löhne) ab, als könne man die Produktivität eines Einzelnen jederzeit messen. Entscheidend beim komplexen Zusammenspiel in modernen Betrieben ist die Gesamtproduktivität. Hätte Frau Kraft und andere, die für die „Agendareformen“ waren oder sind, etwa mal ein gutes ökonomisches Buch gelesen (z.B.: „Gescheitert – Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert“ von Heiner Flassbeck, Chefvolkswirt bei den Vereinten Nationen – UNCTAD in Genf), wäre sie auf wirtschaftliche Zusammenhänge und Erklärungen gestoßen, die deutlich vor Augen führen was zum Abbau der Arbeitslosigkeit gilt.

Ein kleines Beispiel zum eben angesprochenen Thema aus dem Buch – „Wie hoch ist die Produktivität eines Menschen, der einmal in 45 Jahren Berufsleben eine geniale Idee hat, die seiner Firma zum Durchbruch verhilft und den Rest seines Arbeitslebens im Büro verschläft?“

Vor allem DIE Grünen wollen immer wieder die sogenannten „Lohnnebenkosten“ senken (also das was Arbeitnehmer mit erwirtschaften müssen, zu ihrem Brutto gehört und zur eigenen sozialen Absicherung in Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung und Rentenkassen einzahlen). Dass es sich dabei um eine reine Lohnkürzung handelt, merken die grünen Politiker offenbar gar nicht. Zu allem Überdross sollen die Betroffenen dann von ihrem Netto privat vorsorgen. Eigentlich Realsatire, wäre es nicht so ernst.

Deutlich wird, dass viele Politiker das neoliberale Denken ohne gesamtwirtschaftliche Betrachtung verinnerlicht haben.

Wenn also Frau Kraft etwas sinnvolles beitragen will, sollte sie ihrer Partei die Abwendung von der Agenda 2010 empfehlen, hin zu einer Politik die Arbeitnehmer und Rentner wieder am BIP gerecht (Produktivitätszuwachs plus Inflation) beteiligt und nicht nur überwiegend den oberen 10 % der Bevölkerung, sondern der Mehrheit des Volkes nutzt. Damit wäre gleichzeitig den Hartz IV – Empfängern und den ausländischen Handelspartnern geholfen.

Uwe Mohr, Speyer